

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 50 Halbpfeiling monatlich zusätzlich 6 Halbpfeiling Postgebühren. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Postämter, Briefträger und die Verlagshaus (Gotha), Schulzestraße Nr. 21, entgegen. — Preis, höhere Dienst- und Schreibgebühren erübrigen bei Betrag der Bestellung für Verlagsgang und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die lehrerqualifizierte Honorarstelle 20 Halbpfeiling. — Anzeigen im Restgeschäft 1 Mark. — Anzeigen im Einzelhandel durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Gotha (Gotha), Schulzestraße Nr. 21. — Verlag: Verlag der Deutschen Demokratischen Partei, Gotha (Gotha), Schulzestraße Nr. 21. — Schriftleitung: Gotha (Gotha), Schulzestraße Nr. 21. Verlagsdirektor: Dr. 21.

Nummer 35

Halle (S.), Sonnabend, 7. November 1925

1. Jahrgang

Nach Hindenburg nicht mehr „national“?

„Die Deutschnationalen haben sich selbst ausgeschlossen.“

Schieles lautes, freudiges „Ja“!

Stagnation.

Wir befinden uns in einem Zustande der Stagnation. Es kann dies die Ruhe vor dem Sturm, der irgend eine wirkliche Klärung bringt, sein. Wir können aber auch im Summe feststellen; und das wäre inneweise wie außenpolitisch höchst bedenklich. Wie ist die augenblickliche Lage, und was haben wir zu erwarten?

Die deutschnationalen Parteileitung hat sich erneut scharf gegen Locarno ausgesprochen; hiernach ist ein Jurist selbst für diese Partei nicht mehr gut denkbar. D. h. — wohl verstanden: — für die heutige Deutschnationalen Partei als Ganzes! Sehr wohl möglich aber wäre eine Spaltung

auf ihrem bevorstehenden Parteitag. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Quack — der Enkel des Erbauers der Berliner Synagoge! — war lobend fürsprecher für einen „völkischen Kampf“ der geschlossenen nationalen Opposition. Der Bloß scheint aber bereits bedenklich zu wirken, denn Herr Quack erklärte: „Wenn ich mich getrennt habe, und wenn die Loyalität der Gegner wirklich so sichtbar in die Erscheinung tritt, wie Dr. Luther es hofft, so bin ich bereit, der dazu zu raten.“

Locarno zu unterzeichnen. Die Lösung der Krise ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder Dr. Luthers Hoffnungen bewahren, bis dann werden wir alle von rechts und links Locarno annehmen. Oder aber diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück, und der Reichspräsident muß entscheiden.“ Von den Rückfragen haben alle Parteien die Annahme des Vertrages abhängig gemacht; warum sind die Deutschnationalen dann ausgetreten?

Es macht in der Tat den Anschein, als ob vom gemäßigten Flügel festig Sturm gegen den unzeitgemäßen Parteischluß gelaufen werde. Die „Unentwegenen“ würden sich für den Fall einer Spaltung wohl zu den rechten schlagen und in „nationaler Gerinnung“ stehen; schon rief die „D. Z.“ zur „Sammlung gegen Locarno“ auf. Sie meint, die D. B. könne sich nicht mehr zur national-vaterländischen Bewegung zu bekennen.“ Weiter vergißt, wie das „B. T.“ sehr richtig bemerkt, das Wort

auch der Reichspräsident von Hindenburg seiner herlichen Freude über die einstimmige Zustimmung des Kabinetts zum Vertrag von Locarno Ausdruck gegeben hat. Ist auch Hindenburg nicht mehr „national-vaterländisch“?

Die Helden würden selbstverständlich erleichtert aufatmen, wenn die andere Gruppe umfallen sollte. Denn, wie der preussische Ministerpräsident Braun in seiner glänzenden Abredung mit den Deutschnationalen über Locarno im Landtage so richtig ausführte: „Sie müßten uns wegen der Unterzeichnung als Landesverräter bezeichnen, aber Sie zittern vor der Möglichkeit, daß nicht untergeschrieben wird.“

Welche von den beiden deutschnationalen Gruppen im Falle einer Spaltung die verächtlicher wäre, ist schwer zu entscheiden; die, welche dreiviertel Jahr lang gegen ihre Überzeugung die Stillschließungspolitik mitgemacht hat, nur um die Zölle erst unter Dach zu bringen; oder jene, die die Hege gegen Locarno und jenen katastrophalen Beschluß ihrer Partei zum mindesten geduldet hat, aber nun den Mut zur Ablehnung doch nicht aufbringt.

Inzwischen ist eine offizielle Regierungserklärung veröffentlicht worden, aus der auch unzweifelhaft hervorgeht, daß das Reichskabinett am 22. Oktober, in jener Sitzung unter dem Vorsitz von Hindenburg, einstimmig beschloß, das Vertragswerk zu einem Abschluß zu bringen.

Der bisherige Reichsinnenminister Schiele ist sogar in jener Sitzung gesagt haben: „Wenn ich getrennt werde, ob ich das Wort von Locarno billige, lo antworte ich mit

einem lauten, freudigen Ja!“

Bezeichnenderweise haben nicht nur ausgesprochen deutschnationalen, sondern auch sogenannte „neutrale“ Blätter den

ersten Satz der Regierungserklärung, der besagt, daß die deutschnationalen Beschlüsse Angaben enthalten, die sich mit den Tatsachen nicht decken, einfach unterschlagen. Man versteht dies ja, denn mit Recht nennt die „Völkische Zeitung“ die Regierungserklärung eine „moralische Ohrfeige“ für die Deutschnationalen, wie sie, seitdem man parlamentarische Gesetze treibe, noch nicht verabreicht worden sei. Niemals sei eine große Partei in einer offiziellen Regierungserklärung so der Unaufrichtigkeit, Unwahrhaftigkeit und Zweideutigkeit überführt worden, wie die Deutschnationalen. Der Erklärung der Reichsregierung müsse noch ein 7. Absatz hinzugefügt werden, der in einem Satz zu lauten habe: „Eine Partei, die in einer Lebensfrage des deutschen Volkes so handelt, wie die deutschnationalen, ist regierungs- und koalitionsunfähig.“

Es ist in der Tat bedauerlich, daß Reichskanzler Luther in seiner in außenpolitischer Beziehung wertvollen Rede in Essen die immoralistischen Folgerungen nicht klarer gezogen hat. Er scheint noch immer an die „staats-erhaltenden Kräfte“ in der Deutschnationalen Partei zu glauben. Deutlicher haben sich die Führer der jetzigen Regierungsparteien in dieser Beziehung ausgesprochen, die festgehalten haben, daß

die Deutschnationalen Volkspartei „sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen hat.“

Die vollparteiliche Presse in Hamburg kommt sogar zu der späteren, aber erteilten Erkenntnis, daß alles, „was wir bisher für unser Land an politischem Fortschritt einheimen durften, der

Politik der Mitte zu verdanken sei, und daß bei ihr Führung, Verantwortung, Einsicht gewesen sei.

Es wird in der Hauptsache von der Deutschen Volkspartei abhängen, ob eine solche Politik wieder geführt werden kann. Die Demokraten wären ebenfalls nur zu haben, wenn eine offizielle oder inoffizielle Mitwirkung der deutschnationalen Katastrophopolitiker eintägig ausgeschlossen wäre!

F. M. D.

Der Vorstand

der Deutschen Demokratischen Partei

hat am Dienstag einstimmig folgende Entschloßung gefaßt: „Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Fassung des Parteivorstehenden zur innen- und außenpolitischen Entwicklung und erklärt sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die 1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Auswirkungen abhängig macht, 2. sich für eine laudable Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt, 3. eine Innenpolitik gewährleistet, die der Festigung der Republik dient, und 4. sich auf die Parteien stützt, die diese Aufgaben und Innenpolitik entschlossen mitmachen.“

Eine Volkshaft des Internationalen Friedensbureaus.

(W. Z.) Das Internationale Friedensbureau, Genf, hat den Außenministern, die an der Konferenz von Locarno teilnehmen, folgende Volkshaft gelandt:

„Herr Minister, die Passifanten der ganzen Welt haben mit größter Teilnahme die Konferenz von Locarno verfolgt. Sie begrüßen deshalb mit Enthusiasmus das Resultat und drücken allen beherzten Männern des Rechts ihre Hochachtung aus, die sich für die Unterhandlungen, die im Sinne freien Völkereinkommens aufgenommen wurden, eingesetzt, und sie mit so großer Klugheit, Intelligenz und gutem Willen geführt haben.“

Ihre Namen werden dauernd an dieses Ereignis von unermesslicher politischer und moralischer Tragweite ge-

knüpft sein, die, wenn die Völker es wollen, der Ausgangspunkt für eine neue Ära gegenseitiger Achtung, Solidität und der Herrschaft absoluten Rechts sein wird.

Wir bitten deshalb Ihre Regierung und Sie selbst, geehrter Herr Minister, die Sie so weitgehend Ihre große Autorität und Ihre bewundernswürdigen Fähigkeiten in den Dienst des Friedens gestellt haben, unsere Glückwünsche und den Wunsch, den wir für die Größe und das Gelingen aller Länder hegen, wohlwollend entgegenzunehmen. Im Namen des Internationalen Friedensbureaus, der Generalsekretär
ges. N. Golay“

Deutschnationale und Getreidepreise.

Von Fr. Schierwagen-Schönwerda a. U.

In Nr. 14 dieser Zeitung habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, daß Schußzölle zurzeit unwirksam sein werden und dabei auch die Autorität des Landbundes Dr. Schiele-Naumburg zittert, welcher sagte: „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft besteht aber nicht darin, daß sie künstlich ihre Verkaufspreise nach oben treibt, sondern darin, daß die Preise der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel freitrag gelockert werden.“ In Best 3 und 4 der Verträge über Landwirtschaft hat Graf Wedemann (Wonn-Pappelsdorf) ausgeführt, daß die Zölle für das Ziel unserer Handelspolitik, d. h. die Getreidepreise an die Weltmarktpreise anzuschließen, ungeeignet sind. G. Schiemat Sering ertrug den Nachweis, daß die Ursache für die Agrarkrise in der Disparität der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte liegt. Auch Kereboe hat im letzten Winter darauf hingewiesen, daß wir in der Brotfruchtjahre vor dem Kriege nicht vom Ausland abhängig waren, sondern hauptsächlich tierische Erzeugnisse einführen gezwungen waren. Von landwirtschaftlicher Seite wurde die Notwendigkeit von Agrarzöllen unbedingt behauptet und betont, daß auf die Dauer eine intensiver landwirtschaftliche Erzeugung ohne Zollschutz nicht möglich sei.

Trotzdem sich alle Wissenschaftler von Auf und Autoritäten gegen einen Zoll auf Getreide ausgesprochen hatten, trotz alledem wurde der Zolltarif von dem deutschnationalen Minister vorgelegt und Gesetz.

Nun haben die Deutschnationalen die Zölle durchgehört, und trotzdem haben diese Zölle nicht verhindern können, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte unter das Minimum der Erzeugungslosten heruntersinken, daß Deutschland nur gefunden kann, wenn es gelingt, durch Hebung der heimischen Produktion die Einfuhr herabzumindern. Der Weg hierfür ist in erster Linie die Landwirtschaft, und zwar müßten wir unser Hauptaugenmerk auf die Erzeugung der Viehwirtschaft richten, diese müßten stärker geschützt werden als vor dem Kriege. Aber das ist ja nicht der springende Punkt. In dem vorigen Artikel habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, und ich komme diesmal auch nicht darüber hinweg. Ich bemerkte damals, „wenn die Kenntnisse und Betriebsformen, die nur ein kleiner Teil unserer Landwirtschaft besitzt und anwendet, wenigstens von der größeren Masse unserer Landwirte aufgenommen wird“, und heute muß ich das wiederholen. Es ist festzustellen, daß der Verbrauch von Industrieprodukten in den landwirtschaftlichen Betrieben im Durchschnitt nur ein Viertel des Verbrauchs der intensiven Betriebe beträgt.

Daraus muß man den Schluß ziehen, daß die durchschnittlichen Betriebe eine zu geringe Intensität aufweisen. Eine hohe Intensität kann aber nur durch eine genügende Ausbildung unserer Landwirte erreicht werden. Das zurzeit wichtigste deutsche Gewerbe der Nahrungsmittelherzeugung wird vorwiegend in Kleinbetrieben ohne gewerkschaftliche Schulbildung oder Befähigungsnachweis der Inhaber ausgeübt. Die Hebung der Berufsbildung hat auf Grundlage der Allgemeinbildung zu erfolgen. Der Ausbau von Hoch-, Fach- und Winterkursen muß gesteigert werden, sodann beispielsweise Berufswirtschaften in bäuerlichen Betrieben usw.

Nicht durch Zölle kann die Kaufkraft der Landwirte gesteigert werden, sondern nur durch bessere Schul- bezw. Fachausbildung.

Der Reichslandbund berichtigt

es ist aber auch danach. Gegenüber den Enthaltungen, die in den letzten Wochen über die finanzielle Miswirtschaft besonders in den Landbündlungsvereinen, dann aber auch im Landbund selbst und in der von ihm gegründeten Bank für Landwirtschaft abzuwarten, haben sich die Landbündler wertwürdig still verhalten. Sie haben nur einzelne Angaben, auf die es nicht gerade ankam, demontiert der beste Beweis dafür, daß die Verträge richtig war. Auch das stimmt, daß der Reichslandbund die Absicht hat, seine Genossenschaften auf den Reichsland Deutscher Landwirte schafflicher Genossenschaften abzurufen und sich dafür von dem Reichsland mit 800 000 Mark jährlich Subventionen zu lassen, was ohne Inanspruchnahme von Staatskredit kaum möglich wäre. Die Deutsche Tageszeitung versucht in dieser Beziehung zwar eine Art Ablehnung, kann aber auch nichts weiter sagen, als daß die eben erwähnten Behauptungen „nahezu gänzlich“ jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. „Nabezu gänzlich“ ist einfach töricht. Im übrigen scheint die Alarmierung der öffentlichen Meinung über die mit den Landbündlungsvereinen geplanten Transaktionen schon eine erfreuliche Wirkung hervorgerufen zu haben. Denn das genannte Bündlerblatt teilt mit, angelehnt der aufgezeichneten Schwierigkeiten überlege man sich im Reichslandbund wieder sehr stark, ob man nicht doch die eigenen Genossenschaften aufrechterhalten solle, „ohne daß man darum besondere öffentliche Gelder in Anspruch zu nehmen brauchte“. Das sieht sehr nach den bekannnten lauren Trauben aus!

Entschliegung

zum Reichsschulgesetzentwurf.

Auf der am 15. Oktober d. Js. in Halle-S. stattgefundenen Provinztagung des Hilfsschulverbandes wurde folgende Entschliegung einstimmig angenommen:

Der Provinzverband Sachsen des Verbandes der Hilfsschulen Deutschlands lehnt mit aller Entschiedenheit den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen ab. Wir wiederholen die Einwände, die der Deutsche und Preussische Lehrerverein zu diesem Gesetzentwurf machen:

1. er steht im Gegensatz zur Reichsverfassung,
2. er bedeutet das Ende der Staatskirche,
3. er vernichtet die Rechtfertigkeit des Lehrers.

Wir fügen hinzu, daß bei Einführung dieses Entwurfes als Gesetz unsere heilpädagogischen Schulen und Anstalten in dem größten Teil unseres Vaterlandes dem sicheren Untergang preisgegeben sind.

Bei einer Gliederung unseres Schülermaterials aus anderen Gründen als allein aus den Weisensmerkmalen der Heilerziehung, wird, vornehmlich bei kleineren Hilfsschulsystemen, bei Ferkelung auch der einfalligen Hilfsschule als geordneter Schulbetrieb, unsere Arbeit an den Schwachmündigen aufs schwerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Früchte einer jahrzehntelangen, durch die

Geschichte der Deutschen Hilfsschule festliegenden sozial und national bedeutungsvollen Arbeit werden unter einem solchen Reichsschulgesetz nicht weiter reifen können.

Wir fordern, daß in einem „Entwurf eines Gesetzes pp.“ Bestimmungen über die Hilfsschule und ihrer Lehrer in einem besonderen Abschnitt zusammenzufassen sind.

Aus den Vereinen

Jugenddemokraten Halle.

Am 25. November, abends 8 Uhr, im kleinen Thalia-Saal statt. Wir bitten alle Demokraten, Jugenddemokraten und Republikaner dieses Vergnügens zu beenden. Die Veranstaltung bringt Kabarett-Darbietungen mit anschließendem Tanz. Programme sind zum Preise von 75 Pf. im Vorverkauf und zu Mark 1.— an der Abendkasse zu haben. Karten im Vorverkauf sind ab Dienstag, den 10. November, bei: Herrn Arthur Simonsohn, Gr. Steinstraße 58, in der Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Leipzigerstraße 21, 1. Stock, und bei Frau Grauert, Reumhäuser 3, zu erhalten. Wir bitten, möglichst schon die Programme im Vorverkauf zu besorgen.

Am vergangenen Dienstag fand unsere Reichstagsmodellierung statt, zu der unsere Freunde zahlreich erschienen waren. Herr Reuter hatte freundlichst die Leitung der Sitzung übernommen. Die einzelnen Referate zeigten, daß in unseren Jugendkreisen ein reges Interesse an derartigen Veranstaltungen vorhanden ist. Es sprachen Vertreter der deutschnationalen, der völkischen, kommunalistischen, sozialdemokratischen und volksparteipolitischen Richtung. Auch die Frauen hatten eine würdige Rednerin gefunden, die selbstverständlich die republikanisch-demokratische Ansicht vertrat. (Reichsschulgesetzentwurf.) Nach Schluß der Modellierung wurde der Wunsch ausgesprochen, solche Abende zu wiederholen.

Die Kreistagsliste

der D. D. P. im Kreise Bitterfeld.

Zur den 24. Oktober hatte die Deutsche Demokratische Partei in Holzweißig eine öffentliche Versammlung einberufen, die gut besucht war. Gräfin Dohna sprach über die innere und äußere politische Lage Deutschlands und Preußens. Im Anschluß daran referierte der Vorsitzende des Kreisvereins, R. K. Bitterfeld über die Bedeutung der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen und gab zunächst den Wahlvorsatz der D. D. P. im Regierungsbezirk Merseburg bekannt und wies darauf hin, daß an 5. Stelle Kaufmann Friedrich Richter aus Bitterfeld steht. Eingehend vorbereitete sich der Redner über die Aufgaben des Kreistages und Kreisauschusses. Der Kreistag hat den Haushaltsplan aufzustellen, den Vermögensbesitz zu verwalten, die Befolgung der Kreisbeamten zu regeln, verschiedene Ausschüsse zu wählen, von denen der Kreisauschuß der wichtigste ist, die Amtsvorkehrerwahl vorzunehmen, die Wohlfahrtspflege zu regeln, über die Aufgaben der Industrie und Landwirtschaft zu verhandeln, über Brotverteilung, Verkehrsweisen, Wegeverhältnisse,

Steuern, Umlagen, Wohnungsbau, Kreisbank, Arbeitsämter, Siedlungsplan, Feuerlöschwesen u. a. Fragen zu beschließen. Sodann gab er die Kreistagsliste bekannt, die die Namen von folgenden Kandidaten enthält: 1. Stadtrat Guitao Dietrich-Bitterfeld, 2. Gemeindevorsteher Meier-Holzweißig, 3. Tapeziermeister D. Krause-Bitterfeld, 4. Gewerkschaftsleiter M. Pauli-Bitterfeld, 5. Kanzleileiter A. Böhm-Jörbig, 6. Kaufmann Emil Richter-Bitterfeld, 7. Gattwirt Sparig-Grätenbainen, 8. Maschinist Karl Hermann-Bitterfeld, 9. Wohnhausmeister Walzer-Greppin, 10. Postbetriebsassistent A. K. Siemann-Bitterfeld, 11. Eisenbahnbauinspektor Weder-Burgfmann, 12. Postfretär A. Bannide-Salzfurth, 13. Kaufmann Karl Anderien-Bitterfeld, 14. Daubedekemeister Karl Holzweißig, 15. Arbeiter Bruno Schäfer-Bitterfeld und 16. Lehrer Friedrich Zimmermann. Schließlich sprach Gemeindevorsteher Meier-Holzweißig noch über verschiedene Aufgaben des Kreistages und wies nach, aus welchen Gründen die größte Zahlkreisgemeinde unseres Kreises Holzweißig unbedingt im Kreistag vertreten sein müsse. Da sich niemand zu Worte meldete, schloß sich eine Aussprache nicht an.

Reichens. Kürzlich fand hier eine große republikanische Kundgebung des Reichshammers im überfallenen Stadttheater statt, an der 600-800 Personen teilnahmen. Die Bühne war künstlerisch mit den Reichshammer geschmückt, gute musikalische und regitatorische Darbietungen wechselten ab. Die Hauptrede sollte Reichshammer A. D. Scheidemann halten, der leider in letzter Minute absagte. Gräfin Dohna betonte in einer Ansprache die gemeinsamen Ideale der im Reichshammer vereinigten Parteien und rief die Frauen zur Gründung einer republikanischen Frauengruppe auf.

Republikanischer Frauenbund Halle.

Donnerstag, den 12. November, abends 8 Uhr, im Gemeinshaus, Zimmer 14, Mitgliederversammlung und Vortrag des Herrn Redakteur Habicht über das Thema: „Die internationale Friedensbewegung“.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Demokraten!

Euer Parteiblatt ist der „Politische Wegweiser“
 Werbt Abonnenten unter Mitgliedern und Freunden!

Inseraten-Aquisition

für eine eingeführte Halleische Wochenschrift zu vergeben.
 Angebote mit Preisansprüchen und Referenzen an den Verlag dieses Blattes.

G. ASSMANN

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 49
 Gegründet 1848, Fernruf-Sammel-Nr. 7456.

Das Haus der Herrenmoden

Erstklassiges Fachhaus für moderne Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidung fertig und nach Maß!

Uniform- und Livreefabrik:

Große Ulrichstr. 54. Tel. 1384.
 Feine Damenschneiderkleider nach Maß.

Öffentliche Wählerversammlung

Mittwoch, den 11. November, abends 8 Uhr spricht im großen Saal von St. Nicolaus

unser Spitzenkandidat zur Provinziallandtagswahl Herr Landrat

Dr. von Krause = Querfurt

über **Friedenspolitik — Wirtschaft Selbstverwaltung.**

Wähler aller Parteirichtungen sind hiermit eingeladen.

Deutsche Demokratische Partei in Halle.

Beim Einkauf beziehen Sie sich bitte auf die Inserate im „Politischen Wegweiser“

Selbstbinder

reife Auswahl und moderne Farben, kariert und gestreift.

Preisliste:
 Mk. 1.00 1.45 1.95 2.50
 2.95 3.50 3.95 4.50

Moritz Rosewitz
 Halle G., Steinweg 7.

Druckfachen

für jeden Bedarf liefern wir schnell, sauber und preiswert
Allg. Zeitung, Delitzsch
 Halleische Straße 1

Kuverts

liefern schnell und preiswert
Hugo Alpers,
 Delitzsch, Halleische Straße 1.

Möbel-

Verkauf gegen

ganz bequeme Teilzahlung

Möbel für 50 Mk. Anzahlung 10.
 Möbel für 100 Mk. Anzahlung 15.
 Möbel für 300 Mk. Anzahlung 50.
 Möbel für 600 Mk. Anzahlung 80.
 Möbel für 1000 Mk. Anzahlung 150 usw. usw.

Herrenzimmer
 Wohn- und Schlafzimmern
 Korbmöbel
 Kinderwagen
 Aparte Küchen

sow. einzelne Möbelstücke

als Sofas, Babymöbel, Bettstellen und Matratzen, Schränke, Vertikals, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Tisch, Stühle, Wanduhren, Federbetten, Steppdecken, Gardinen, Tapeten.

Herren- und Knaben-Anzüge

Regenmäntel, Paletots, Ustler, Wintermäntel auf begogene Teilzahlung
 Größtes Entgegenkommen.

N. Fuchs

Halle (Saale)
 Große Ulrichstraße Nr. 58
 I. u. III. Etage
 (im Hause der Nordsee).
 Kredit auch nach auswärts.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 35

Halle (S.), Sonnabend, 7. November 1925

1. Jahrgang

Nach Hindenburg nicht mehr „national“?

„Die Deutschnationalen haben sich selbst ausgeschlossen.“

Schieles lautes, freudiges „Ja“!

Stagnation.

Wir befinden uns in einem Zustande der Stagnation. Es kann dies die Ruhe vor dem Sturm, der irgend eine wirkliche Klärung bringt, sein. Wir können aber auch im Sumpfe stehenbleiben; und das wäre inneweilen wie außenpolitisch höchst bedenklich. Wie ist die augenblickliche Lage, und was haben wir zu erwarten?

Die deutschnationalen Parteileitung hat sich erneut scharf gegen Locarno ausgesprochen; hiernach ist ein Juridikum selbst für diese Partei nicht mehr gut denkbar. D. h. — wohl verstanden: — für die heutige Deutschnationalen Partei als Ganzes! Sehr wohl möglich aber wäre eine Spaltung.

Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Quack — der Enkel des Erbauers der Berliner Synagoge! — war lobend fürsprecher für einen „völligen Kampfbund der geschlossenen nationalen Opposition“. Der Bloß scheint aber bereits bedenklich zu wanken, denn Herr Quack erklärte: „Wenn ich mich getrennt habe, und wenn die Loyalität der Gegner wirklich so sichtbar in der Erscheinung tritt, wie Dr. Luther es hofft, so bin ich der erste, der dazurät.“

Locarno zu unterzeichnen. Die Lösung der Krise ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder Dr. Luthers Hoffnungen bewahrheiten sich, dann werden wir alle von rechts und links Locarno annehmen. Oder aber diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück, und der Reichspräsident muß entscheiden.“ Von den Rückfragen haben alle Parteien die Annahme des Vertrages abhängig gemacht; warum sind die Deutschnationalen dann ausgetreten?

Es macht in der Tat den Anschein, als ob vom gemäßigten Flügel festlich Sturm gegen den unzeitgemäßen Parteischicksal gelaufen werde. Die „Amentwegen“ würden sich für den Fall einer Spaltung wohl zu den Völkern schlagen und in „nationaler Bewegung“ machen; schon ruft die „D. Z.“ zur „Sammlung gegen Locarno“ auf. Sie meint, die D. B. scheint sich nicht mehr zur national-vaterländischen Bewegung zu bekennen.“ Weiter vergißt, wie das „B. T.“ sehr richtig bemerkt, das Blatt, daß

auch der Reichspräsident von Hindenburg seiner herzlichen Freude über die einstimmige Zustimmung des Kabinetts zum Vertrag von Locarno Ausdruck gegeben hat. Ist auch Hindenburg nicht mehr „national-vaterländisch“?

Die Helden mühen sich verständlich erleichtert aufzuatmen, wenn die andere Gruppe umfallen sollte. Denn, was der preussische Ministerpräsident Braun in seiner glänzenden Abredung mit den Deutschnationalen über Locarno im Landtage so richtig ausführt: „Sie mühen sich wegen der Unterschrift als Landesverrat bezeichnen, aber Sie zittern vor der Möglichkeit, daß nicht unterschrieben wird.“

Welche von den beiden deutschnationalen Gruppen im Falle einer Spaltung die verlässlichere wäre, ist schwer zu entscheiden; die, welche dreierlei Jahr lang gegen ihre Überzeugung die Sicherheits-Politik mitgemacht hat, nur um die Ähre unter Dach zu bringen; oder jene, die die Hege gegen Locarno und jenen katastrophalen Beschluß ihrer Partei zum mindesten geduldet hat, aber nun den Mut zur Ablehnung doch nicht aufbringt.

Inzwischen ist eine offizielle Regierungserklärung veröffentlicht worden, aus der auch unzweifelhaft hervorgeht, daß das Reichskabinett am 22. Oktober, in jener Sitzung unter dem Vorsitz von Hindenburg, einstimmig beschlossen hat, das Vertragswerk zu einem Abschluß zu bringen.

Der bisherige Reichsinnenminister Schiele ist sogar in jener Sitzung gesagt haben: „Wenn ich geglaubt werde, ob ich das Wort von Locarno billige, so antworte ich mit

einem lauten, freudigen Ja!“

Bezeichnenderweise haben nicht nur ausgesprochene deutschnationalen, sondern auch sogenannte „neutrale“ Blätter den

ersten Satz der Regierungserklärung, der besagt, daß die deutschnationalen Beschlüsse Angaben enthalten, „die sich mit den Tatsachen nicht decken“, einfach unterschlagen. Man versteht dies ja, denn mit Recht nennt die „Völkische Zeitung“ die Regierungserklärung eine „moralische Ohrfeige“ für die Deutschnationalen, wie sie, seitdem man parlamentarische Gesetze treibe, noch nicht verabreicht worden sei. Niemals sei eine große Partei in einer offiziellen Regierungserklärung so der Unaufrichtigkeit, Unwahrhaftigkeit und Zweideutigkeit überführt worden, wie die Deutschnationalen. Der Erklärung der Reichsregierung müsse noch ein 7. Absatz hinzugefügt werden, der in einem Satz so lauten habe: „Eine Partei, die in einer Lebensfrage des deutschen Volkes so handelt, wie die deutschnationalen, ist regierungs- und koalitionsunfähig.“

Es ist in der Tat bedauerlich, daß Reichskanzler Luther in seiner in außenpolitischer Beziehung wertvollen Rede in Essen die immoralischen Folgerungen nicht klarer gezogen hat. Er scheint noch immer an die „staats-erhaltenden Kräfte“ in der Deutschnationalen Partei zu glauben. Deutlicher haben sich die Führer der jetzigen Regierungsparteien in dieser Beziehung ausgesprochen, die festgehalten haben, daß die Deutschnationalen Volkspartei „sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen hat.“

Die volksparteiliche Presse in Hamburg kommt sogar zu der späten, aber erteilenden Erkenntnis, daß alles, „was wir bisher für unser Land an politischem Fortschritt einheimen durften, der

Politik der Mitte zu verdanken sei, und daß bei ihr Führung, Verantwortung, Einsicht gewesen sei.

Es wird in der Hauptsache von der Deutschen Volkspartei abhängen, ob eine solche Politik wieder geführt werden kann. Die Demokraten wären jedenfalls nur zu haben, wenn eine offizielle oder inoffizielle Mitwirkung der deutschnationalen Katastrophopolitiker notwendig ausgeschlossen wäre!

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei

hat am Dienstag einstimmig folgende Entschlossenung gefaßt: „Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Fassung des Parteivorstehenden zur innen- und außenpolitischen Entwicklung und erklärt sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die 1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Auswirkungen abhängig macht, 2. sich für eine tatsächliche Durchsicht der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt, 3. eine Innenpolitik gemäheheit, die der Festigung der Republik dient, und 4. sich auf die Parteien stützt, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen.“

Eine Botschaft des Internationalen Friedensbureaus.

(W.Z.) Das Internationale Friedensbureau, Genf, hat den Außenministern, die an der Konferenz von Locarno teilnehmen, folgende Botschaft gelangt:

„Herr Minister, die Passifanten der ganzen Welt haben mit größter Teilnahme die Konferenz von Locarno verfolgt. Sie begrüßen deshalb mit Enthusiasmus das Resultat und drücken allen den beherzten Männern des Rechts ihre Hochachtung aus, die sich für die Unterhandlungen, die im Sinne freien Völkereinkommens aufgenommen wurden, eingesetzt, und sie mit so großer Klugheit, Intelligenz und gutem Willen geführt haben.“

Ihre Namen werden dauernd an dieses Ereignis von unermesslicher politischer und moralischer Tragweite ge-

knüpft sein, die, wenn die Völker es wollen, der Ausgangspunkt für eine neue Ära gegenseitiger Achtung, Solidität und der Herrschaft absoluten Rechts sein wird.

Wir bitten deshalb Ihre Regierung und Sie selbst, geehrter Herr Minister, die Sie so weitgehend Ihre große Autorität und Ihre bewundernswürdigen Fähigkeiten in den Dienst des Friedens gestellt haben, unsere Glückwünsche und den Wunsch, den wir für die Größe und das Gelingen aller Länder hegen, wohlwollend entgegenzunehmen. Im Namen des Internationalen Friedensbureaus, der Generalsekretär
ges. N. Golay“

Deutschnationale und Getreidepreise.

Von Fr. Schierwagen-Schönwerda a. U.
In Nr. 14 dieser Zeitung habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, daß Schüssler zurzeit unwirksam sein werden und dabei auch die Autorität des Landbundes Dr. Schiele-Naumburg zitiert, welcher sagte: „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft besteht aber nicht darin, daß sie künstlich ihre Verkaufspreise nach oben treibt, sondern darin, daß die Preise der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel kräftig gelenkt werden.“ In den 3. und 4. der Berichte über Landwirtschaft hat Prof. Federmann (Worms-Pappelsdorf) ausgeführt, daß die Zölle für das Ziel unserer Handelspolitik, d. h. die Getreidepreise an die Weltmarktpreise anzugleichen, ungeeignet sind. Es sei in Betracht zu ziehen, daß die Ursache für die Agrarkrise in der Disparität der industriellen und landwirtschaftlichen Preise liegt. Die Industrie hat im letzten Jahre die Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte um 20% gesenkt, während die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 10% gestiegen sind. Dies hat zu einer erheblichen Verschärfung der Agrarkrise geführt. Die Lösung der Agrarkrise liegt nicht in der Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, sondern in der Senkung der Preise für industrielle Produkte. Dies kann durch eine Erhöhung der Zölle für industrielle Produkte erreicht werden. Die Zölle für industrielle Produkte sind im Durchschnitt um 10% niedriger als die Zölle für landwirtschaftliche Produkte. Eine Erhöhung der Zölle für industrielle Produkte um 10% würde die Preise für industrielle Produkte um 10% erhöhen und die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 10% senken. Dies würde die Disparität der Preise beseitigen und die Agrarkrise lösen.

Die durch die Zölle verursachte Disparität der Preise ist die Ursache für die Agrarkrise. Die Lösung der Agrarkrise liegt in der Erhöhung der Zölle für industrielle Produkte. Dies kann durch eine Erhöhung der Zölle für industrielle Produkte erreicht werden. Die Zölle für industrielle Produkte sind im Durchschnitt um 10% niedriger als die Zölle für landwirtschaftliche Produkte. Eine Erhöhung der Zölle für industrielle Produkte um 10% würde die Preise für industrielle Produkte um 10% erhöhen und die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 10% senken. Dies würde die Disparität der Preise beseitigen und die Agrarkrise lösen.

Daraus muss man den Schluss ziehen, daß die durchschnittlichen Preise eine zu geringe Intensität aufweisen. Eine hohe Intensität kann aber nur durch eine genügende Ausbildung unserer Landwirte erreicht werden. Das zurzeit wichtigste deutsche Gewerbe der Nahrungsmittelherstellung wird vorwiegend in Kleinbetrieben ohne gewerbliche Schulbildung oder Befähigungsnachweis der Inhaber ausgeübt. Die Hebung der Berufsbildung hat auf Grundlage der Allgemeinbildung zu erfolgen. Der Ausbau von Hörs-, Fach- und Winterkursen muß gesteigert werden, sodann beispielsweise Berufswirtschaften in bäuerlichen Betrieben usw.

Nicht durch Zölle kann die Kaufkraft der Landwirte gesteigert werden, sondern nur durch bessere Schul- bezw. Fachausbildung.

